

Die Macht des Bauernverbands – Macht der Bauern oder Macht des Agrobusiness?

Aus: Unabhängige Bauernstimme

Der Deutsche Bauernverband (DBV) ist – immer noch – eine einflussreiche Lobby-Organisation. Von dieser „Macht des Bauernverbands“ ist jedoch bei den meisten Bauern an der Basis wenig zu spüren: täglich sterben 60 Höfe, der Zwang zum „Wachsen oder Weichen“ wird immer schärfer, die Preis-Kosten-Schere öffnet sich immer weiter, die Einkommen und das Eigenkapital der Mehrheit landwirtschaftlicher Betriebe stehen unter Dauerdruck, das Image der Landwirtschaft in der Gesellschaft könnte besser sein. Mit der Macht des Bauernverbands kann es demnach nicht weit her sein – oder sie wird so eingesetzt, dass sie den meisten Bauern nicht nutzt oder ihnen gar schadet. Vor diesem Hintergrund setzt sich der folgende Beitrag kritisch mit den „Vernetzungen“ des Deutschen Bauernverbandes auseinander.

Anders als in anderen europäischen Ländern gibt es in Deutschland fast nur den einen Bauernverband, aufgebaut nach dem Ende des einheitlichen Reichsnährstands. Als „Einheitsverband“ mit immerhin 90 Prozent der Bauern könnte er eigentlich eine schlagkräftige Interessenvertretung gewährleisten. Solange Nahrungsmittel noch knapp waren und solange die Bauernfamilien von ihrer Zahl her als Wählerpotenzial noch interessant waren, konnte der damalige „Bauernpräsident“ Rehwinkel gegenüber Politik und auch gegenüber der Industrie tatsächlich in Einkommens- und Preispolitik noch Bauerninteressen durchsetzen (bis ihm zuletzt auch nur noch die zweifelhafte und üble Drohung an die CDU/CSU einfiel, die Bauern notfalls zur Wahl der NPD aufzurufen).

Wachsen oder weichen

Mit dem Eintritt in den europäischen Markt und mit der Verlagerung vieler agrarpolitischer Kompetenzen nach Brüssel kam es zu einer Neuausrichtung der Agrarpolitik. Der „Höcherl-“ und der „Ertl-Plan“ der Bundesregierung, der „Mansholt-Plan“ der EU und der Amtsantritt Heeremans signalisierten Ende der Sechziger eine Wende der Agrar- und auch der Verbandspolitik: Produktion von Überschüssen, Ausrichtung auf den europäischen und auf den Weltmarkt, Sortieren von *entwicklungsfähigen* und *nicht entwicklungsfähigen* Betrieben bei der Investitionsförderung, kapitalintensive Rationalisierung und Spezialisierung, Verschärfung der Konkurrenz, Abwendung vom Leit-

bild des Bauern hin zum „Unternehmer“, intensiver Einsatz von Chemie und Zukauf-Futtermitteln, Einstieg der Agrarindustrie in die Geflügel- und in die Schweinehaltung, Bindung der Bauern über Erzeugergemeinschaften an immer größere Genossenschaften – um nur einige Aspekte zu nennen.

War es Kalkül, die Ausrichtung an den Interessen der Stärkeren oder der scheinbare „Zwang der Verhältnisse“? Jedenfalls setzte sich im Bauernverband (trotz vieler schöner Worte für „alle Bauern“) immer mehr folgende Politik durch: Ausrichtung an den Interessen einer Minderheit von Wachstumsbetrieben auf Kosten der weichenden oder noch zu verdrängenden Höfe (deren Ausscheiden aber durch „soziale Maßnahmen“ und „Ausstiegshilfen“ abgefedert und beschleunigt wurde). Mittlerweile bekennt sich der DBV sogar unverschleiert „eindeutig zu den Siegertypen“. Allerdings müssen viele dieser „Siegertypen“ laut Satzung nur maximal 1.000 DM Bauernverbandsbeitrag zahlen, obwohl dieser gemäß der Flächenausstattung eigentlich um ein Vielfaches höher liegen müsste.

Genossenschaftsförderung statt Bauernvertretung

Gleichzeitig richtete sich die sogenannte „Preispolitik“ immer mehr an den Interessen der deutschen und europäischen Verarbeiter, Lagerhalter und Exporteure von Agrarprodukten aus, die großteils identisch sind mit den Großgenossenschaften im Getreide-, Fleisch- und Milchsektor: Die Exportprämien und die „Garantiepreise“, zu denen im

Rahmen der Markt-Intervention die wachsenden Agrarüberschüsse aufgekauft wurden, galten nicht etwa für Bauern, wie dies von Bauernverband und Agrarlobby suggeriert wurde. Sie sicherten bei Getreide nicht die Erzeugerpreise, sondern garantierten Mindestpreise auf der Großhandelsstufe (also für den Getreidehandel). Sie gelten nicht für die Rinder der Bauern, sondern für die Schlachthälften der Groß-Schlachtereien. Sie gelten nicht für die Milch der Bauern, sondern für Magermilchpulver und Butter der Molkereien. Verkauft wurde den Bauern diese Politik mit der vagen Aussicht, dass diese Vorteile der Erzeuger und Verarbeiter schließlich auch an die Bauern „durchsickern“ würden. In der Öffentlichkeit mussten sich alle Bauern makaberer Weise dennoch vorhalten lassen, sie würden doch „wie Staatsdiener“ von staatlicher Einkommenssicherung profitieren. Was da mit Hilfe des Bauernverbands umgesetzt wurde, das hätte keine Gewerkschaft der Welt mit ihren Mitgliedern machen können: Verzicht auf bessere und gesicherte Einkommen der Mitglieder zugunsten besserer Absatzchancen für die Unternehmen, für die sie arbeiten.

Es ist bezeichnend, dass diese staatliche Preisstützung für die nachgelagerte Stufe nicht mit, sondern gegen die Bauernverbandsspitze reduziert wurde – nämlich durch die EU-Agrarreform 1992 und die Agenda 2000. Nun wird ein Teil der Gelder des EU-Garantiefonds direkt als Flächenprämien an die Landwirtschaft gezahlt (wenn auch vor allem an die großen Betriebe).

Die Bauern finanzierten Wachstum, Verdrängungskämpfe und Fusionen der „nachgelagerten“ Unternehmen aber nicht nur durch niedrige Erzeugerpreise. Sie mussten immer höhere Kapitalsummen als Genossenschaftsanteile einzahlen, sie mussten sich beim Absatz ihrer Produkte immer enger an die Genossenschaften binden, die ihnen dennoch immer mehr aus der Hand glitten und deren Entscheidungen sie immer weniger beeinflussen konnten. Begründet wird diese Unterordnung bäuerlicher Interessen damit, dass man als „Agrar- und Ernährungswirtschaft gegenüber der Nachfragemacht des Lebensmitteleinzelhandels eine stärkere Position“ schaffen müsse. Dies ist angesichts der Kräfteverhältnisse und der Überschuss-Situation aber ohnehin illusorisch. Aber diese populäre Propaganda taugt dazu, die „Genossenschaftstreue“ der Bauern aufrecht zu erhalten. Kommt an der Basis dennoch einmal Kritik auf, dann hat sie es meist sehr schwer gegen die Front von Genossenschaftsmanagern und Bauernverbandsfunktionären.

Eine Politik, die sich für bessere Erzeugerpreise gegenüber den Genossenschaften mit ihrer gewaltigen Monopolstellung einsetzt, wird man deshalb vom DBV vergebens erwarten. Vielmehr steht zu befürchten, dass die Betonung bei der von Fleischwirtschaft und Bauernverband angesichts der aktuellen Situation angekündigten „Gläsernen Kette“ (vom Tier bis zum Fleisch) weniger auf Transparenz („gläsern“) als auf verschärfter Bindung der Bauern („Kette“) liegen wird.

Nichts gegen eine vernünftige, von den eigenen bäuerlichen Interessen abgeleitete Unterstützung des Wachstums einer Genossenschaft. Ein solches Engagement kann in vielen Fällen sinnvoll sein. Aber das Aufgeben einer eigenständigen Einkommenspolitik für Bauern zugunsten der „nachgelagerten Stufen“ bedeutet die weitgehende Preisgabe einer Politik für Bauern. Wie viele Posten die führenden Funktionsträger des Bauernverbandes mittlerweile in den Spitzengremien der Groß-Genossenschaften und des Agrobusiness besetzen, geht aus der (sicher nicht vollständigen) Auflistung im Kasten auf der nächsten Seite hervor. Dabei wären die vielfältigen Aktivitäten allein nicht zu kritisieren, wenn sie im Interesse der Bauern wären. Schaut man sich die Ergebnisse dieser Verflechtung an, dann kommt man aber zu folgendem Ergebnis: Es werden weniger die Bauerninteressen in diesen Unternehmen durchgesetzt, sondern es werden vielmehr vorwiegend die Unternehmensziele in die Bauernschaft getragen und dort durchgesetzt. „Genug untergeMÖLLERT, Mischfutterlobby“ stand deshalb auf einem Transparent der AbL bei einer Demonstration in Münster. Der westfälische Bauernverbandspräsident Möllers ist nämlich u. a. Aufsichtsratsvorsitzender der Raiffeisen-Centralgenossenschaft, einem der größten Hersteller in der Mischfutterbranche. Genau die aber hat gemeinsam mit dem DBV die offene Deklaration der Futterkomponenten verhindert und so das Tiermehl in die Futtertröge gebracht.

Lobby für vor- und nachgelagerte Stufen

Die Konstruktion der „Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft“ (CMA) bestätigt diese Verfilzung: Laut Absatzfondsgesetz wird den Bauern bei jedem Verkauf von jedem Agrarprodukt ein Zwangsbeitrag für die CMA abgezogen. Aus diesen Bauerngeldern (ca. 160 Mio. DM jährlich) wird dann die Werbung für „deutsche Agrarprodukte“ finanziert. An der CMA gibt es seit ihrem Bestehen Kritik: Mit diesen Bauerngeldern wird die Werbung der Verarbeitungs- und Handelsunternehmen massiv subventioniert.

Deutscher Bauernverband (DBV): Präsident, Präsidiale und einige ihrer Posten

Gerd Sonnleitner

(Eigener Betrieb: 100 ha, 700 Schweinemastplätze, 250 Kälber)

- Präsident des Deutschen Bauernverbands e.V.
- Präsident des Bayerischen Bauernverbands
- Präsident der Europäischen Bauernverbands (Copa)
- Vorsitz im Zentralausschuss der Deutschen Landwirtschaft
- Vorsitz des Absatzförderungsfonds der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft, Anstalt des öffentlichen Rechts
- Vorstandsvorsitzender der Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL)
- Genossenschafts-Beirat der BayWa AG
- Präsidium Deutscher Raiffeisenverband
- Vorsitzender des Verwaltungsrats der Landwirtschaftlichen Rentenbank
- Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender Deutsches Milch-Kontor GmbH
- Aufsichtsrat der CMA
- Aufsichtsrat R+V Lebensversicherung AG
- Mitglied im Gesamtausschuss der DLG

Wilhelm Niemeyer

(Eigener Betrieb: 100 ha Ackerbau, Schweinemast, 3.000 Schweine)

- Vizepräsident des DBV
- Präsident des Landesverbands des Niedersächsischen Landvolks
- Kreisvorsitzender Landvolk Osnabrück
- Zentralausschuss der Deutschen Landwirtschaft
- Vorsitzender des Bundesmarktverbandes Vieh und Fleisch beim DBV
- Vorsitzender des Beratenden Ausschusses Schweinefleisch bei der EU-Kommission
- Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Deutsches Fleisch (AGF)
- Vorsitzender der Marketinggesellschaft für niedersächsische Agrarprodukte
- Vorsitz des Aufsichtsrats von Agra Europe GmbH
- Aufsichtsratsvorsitzender der CG Nordfleisch AG
- Beirat der Raiffeisen-Hauptgenossenschaft Nord AG Hannover
- Vorsitzender des Genossenschaftsrats der Raiffeisen-Centralgenossenschaft (RCG) Münster
- Aufsichtsratsvorsitz der Beteiligungsgesellschaft der Europäischen Warenterminbörse
- stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats der Landwirtschaftlichen Rentenbank
- Aufsichtsrat der CMA
- Beratendes Mitglied des Aufsichtsrats der Landwirtschaftlichen Brandkasse Hannover (VGH-Versicherungsgruppe)
- Aufsichtsrat Vereinigte Tierversicherung Gesellschaft a.G. (R+V-Versicherungsgruppe)
- ZDF-Fernsehrat

Franz-Josef Möllers

(Eigener Betrieb: 70 ha, Schweinehaltung)

- Präsident des Westfäl.-Lipp. Landwirtschaftsverbands e.V.
- Vizepräsident des DBV
- WLV-Kreisverbandsvorsitzender Steinfurt

- Vorsitz des DBV-Fachausschusses Rindfleisch
- Raiffeisen-Warengenossenschaft Riesenbeck
- Aufsichtsrats-Vorsitzender der Raiffeisen-Central-Genossenschaft (RCG) Nord-West, zuvor Vorstandsvorsitzender
- Aufsichtsratsvorsitzender der Bodenkreditbank „Westfälische Landschaft“
- Präsidialausschuss und Präsidium des Deutschen Raiffeisenverbands
- Beirat der R+V Allgemeine Versicherung AG
- Ldw. Beirat der Westfälischen Provinzial-Versicherung

Dr. Klaus Kliem

(Geschäftsführer und größter Teilhaber der „Agrar-, Dienstleistungs-, Industrie- und Baugesellschaft mbH & Co KG“ Aschara (4.500 ha, 1.800 Rinder, 600 Schweine, Fleischmarkt, ein Dutzend gewerbliche Firmen), Beteiligung an einem Agrar-Grossbetrieb in der Ukraine)

- Präsident des Thüringer Bauernverbandes e.V.
- Vorsitz der DBV-Fachausschüsse Getreide und Nachwachsende Rohstoffe
- Mitglied des Beratenden Ausschusses Getreide der EU
- Vorstandsvorsitzender der „Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen“ (UFOP)
- Vorstandsvorsitzender der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe
- Beirat der R+V Allgemeine Versicherung AG

Eine weitere Klammer zwischen Bauernverband und Agrobusiness bildet die kürzlich gegründete Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft“ (FNL), gebildet durch den Zusammenschluss der agrarchemiedominierten „Fördergemeinschaft Integrierter Pflanzenbau“ (FIP) und der „Aktionsgemeinschaft Deutsches Fleisch“ (AGF). FNL-Mitglieder sind alle Chemie-Konzerne des Industrieverbands Agrar (IVA) aus den Bereichen Pflanzenschutz, Düngemittel und Tierpharmaka, der Bundesverband der Versandschlachtereien, alle großen Mischfutter-, Futterzusatz- und Fleischmehlhersteller, der Bundesverband Praktischer Tierärzte, die Zentralverbände der Geflügel-, Schweine- und Rinderzucht, der Deutsche Raiffeisenverband sowie – in einer Minderheitsposition – der Bauernverband und der Verband der Landwirtschaftskammern. Als Geschäftsführer der FNL fungiert seit 2001 Dr. Jürgen Fröhling, der gleichzeitig Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Marktforschung des Geschäftsbereiches Pflanzenschutz beim Chemie-Konzern Bayer AG ist. Als Vorstandsvorsitzender soll DBV-Präsident Sonnleitner dieser ganzen Agrobusiness-Veranstaltung offenbar ein landwirtschaftliches Image geben. Laut Geschäftsbericht des DBV soll über die FNL “die berufsständische Öffentlichkeitsarbeit gebündelt“ werden. Offensichtlich will also die Bauernverbandsspitze der Gesellschaft und den

Verbrauchern nichts anderes vermitteln als Chemie-, Fleisch- und Futtermittelbranche. Deshalb ist auch die bauernverbandseigene IMA (Information Medien Agrar e. V.) der FNL und ihrer PR-Agentur ILU angegliedert worden.

Kein Wunder, dass man sich mit einer solchen Selbstdarstellung in der Gesellschaft isoliert. Kein Wunder, wenn Bauern aus vielen Agrarblättern sehr viel mehr Positives als Kritisches über Agrarchemie und Gentechnik erfahren. Kein Wunder, dass der DBV mit den Pflanzenzüchtern eine Vereinbarung zur Erhebung überhöhter Nachbaugebühren vereinbart hat. Kein Wunder, dass der Bayerische Bauernverband wegen seiner laxen Haltung zu Antibiotika-Skandalen in die Schlagzeilen gerät. Kein Wunder, dass der DBV gemeinsam mit den Geflügel-Agrarkonzernen gegen ein Verbot der Käfighaltung und gegen die Kritik an der agrarindustriellen Putenmast zu Felde zieht.

Grüne Prawda

Durch die Fusion des Münchener BLV-Verlags und des hannoverschen Landbuch-Verlags zur Deutschen Landwirtschafts-Verlagsgesellschaft (DLV) ist nach eigenen Angaben ein „neuer Marktführer im ländlichen Fachzeitschriftensektor“ entstanden. Zum neuen Verlag gehören Wochenblätter wie die hannoversche *Land & Forst*, das *Bayerische Land-*

wirtschaftliche Wochenblatt, das niedersächsische Bauernverbandsorgan *Landvolk*, außerdem Monatspublikationen wie *dlz-agrarmagazin*, *Agrarmarkt*, *Agrartechnik*, *Kraut und Rüben*, *Gemüse* sowie der Spezialtitel *Neue Landwirtschaft* für landwirtschaftliche Großbetriebe (vornehmlich in Ostdeutschland), ferner Zeitschriften in den Bereichen Jagd, Wald, Rinder- und Pferdezucht. Zwei der DLV-Geschäftsführer sind zugleich Geschäftsführer der Bauernverbands-Landesverbände Niedersachsen und Bayern, Aufsichtsratsvorsitzender ist Bauernverbandspräsident Gerd Sonnleitner.

Der Bauernverband besitzt aber nicht nur diesen Verlag, sondern ist auch gemeinsam mit Landwirtschaftskammer und Raiffeisenverband Gesellschafter des zweitgrößten Agrarverlags, des Landwirtschaftsverlags in Münster-Hiltrup mit marktbestimmenden Zeitungen wie *top agrar*, *Landw. Wochenblatt Westfalen-Lippe*, *DLG-Mitteilungen*, *profi*, *sus*, *Fleischrinder-Journal*, *Milchrind*, *Hof Direkt*, den *DLV-Informationen* des Landfrauenverbands, Jagd- und Pferdezeitungen sowie Schriften von Landwirtschaftsministerium, KTBL und anderen öffentlichen Institutionen. Als Aufsichtsratsvorsitzender wurde kürzlich Freiherr Heereman abgelöst durch Franz-Josef Möllers, Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes. Über die *Verlagsunion Agrar* haben alle obigen Verlage ihre Buch-Verlage gebündelt, so dass auch das Buch-Angebot für Bauern letztlich maßgeblich vom Bauernverband bestimmt werden kann.

Auch der Infodienst *agra-europe*, dessen Meldungen alle Landwirtschaftsblätter nachdrucken, ist in Händen des Bauernverbands. Das alte Wort von der „grünen Prawda“, die bestimmt, welche Informationen die Bauern bekommen und welche Leserbriefe (nicht) abgedruckt werden, wird leider immer zutreffender. Kritische Informationen z. B. zur grünen Gentechnik oder zur Verfilzung des Bauernverbands mit Agrarchemie und Großgenossenschaften dringen auf diesem Wege immer weniger zu den Bauern durch. Bezeichnenderweise wurde die Fusion der Agrarverlage damit begründet, „im Zuge weiterer Konzentrationen im Agri-Business einen leistungsfähigen Verlag als Partner der Agrarindustrie zu gründen“. Jetzt hat sich auch der bauernverbandseigene Informationsdienst IMA im Rahmen der sogenannten „Förderungsgemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft“ den Infodiensten des „Industrieverbands Agrar“ (IVA) und der „AG Fleisch“ der Fleisch- und Futtermittelindustrie untergeordnet.

Die Abhängigkeit der Agrarzeitungen von Agrarchemie-Anzeigen tut ein übriges: wie ein Insider berichtete, soll es vor Jahren nach einem leicht kritischen Bericht in einem führenden Landwirtschaftsmagazin (über Unwohlsein von Bauern nach Pflanzenschutzarbeiten) eine Drohung relevanter Agrarchemie-Inserenten gegeben haben, eine Weile keine Anzeigen mehr zu schalten – bis heute mit sichtbarem Erfolg.

Bei aller Hoffnung und Unterstützung, dass die Redaktionen der bauernverbandseigenen Zeitungen sich – mit Hilfe kritischer Leser – eine gewisse Unabhängigkeit bewahren mögen: immer wichtiger werden für alle Bäuerinnen und Bauern unabhängige, kritische Landfunk-Sendungen und Fernsehberichte.

Agrarindustrie statt Bauernhöfe?

Noch weiter von ihrer bäuerlichen Basis entfernt hat sich die DBV-Spitze seit der deutschen Einigung. Aus Angst, die LPG-Nachfolgebetriebe könnten sich – als Konkurrenz zum DBV – eigenständig organisieren, fuhr Präsident Heereman direkt nach der Wende in die DDR zur Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) und fädelt den raschen Zusammenschluss ein. Die gut geschulten Leiter der LPG-Nachfolgebetriebe stellen heute die Präsidenten der ostdeutschen Landesbauernverbände und sie dominieren seither die Politik des DBV. An der Debatte um die Modulation kann man gut erkennen, wie bäuerliche Politik ausgebremst wird. Dem hat sich sehr rasch auch der ursprünglich als bauernnah angesehene Präsident Sonnleitner beugen müssen. Der verschärfte Kurs des Bauernverbands in Richtung einer Massenproduktion zu Weltmarktpreisen ist vor diesem Hintergrund besser zu verstehen. Besonders hier rächt es sich, dass in den Strukturen des Bauernverbands für die Mitgliederbeteiligung seit jeher wenig Raum und kaum Strukturen geboten werden.

Warum bleiben die Bauern im Bauernverband?

Nach alledem fragt man sich natürlich, weshalb die meisten Bauern nach wie vor im Verband bleiben. Der Hauptgrund besteht darin, dass es dem DBV gelungen ist, andere bäuerliche Interessenvertretungen seit jeher systematisch zu verhindern. Da ist den meisten Bauern eine solche schlechte Vertretung immer noch lieber als gar keine. Zudem machten es etliche Vertreter der Politik, der Medien, der Verbraucher oder des Naturschutzes mit oftmals bauernfeindlichen Äußerungen dem DBV

leicht, seine Mitglieder wieder in sein Boot zu ziehen. Liebevoll pflegt der DBV in seiner Verbandspresse (bei Bauern „Grüne Prawda“ genannt) deshalb das Feindbild Umweltschutz.

Auch über die Dienstleistungen seiner Kreisgeschäftsstellen (vor allem Rechtsberatung und Hilfe bei Behördenangelegenheiten) kann der DBV seine Mitglieder an sich binden, solange es keine privat angebotenen praxisnahen Alternativen gibt. Schließlich hat es der DBV im Bereich der Sozialversicherungen auch verstanden, wesentliche Aufgaben zu übernehmen. So hat der DBV bei der Beratung und Abwicklung der Antragstellung für die landwirtschaftlichen Alterskassen faktisch in vielen Regionen eine Monopolstellung, auch wenn es sie rechtlich nicht gibt. Da sind viele Bauern geneigt, trotz ihres Unmuts im Verband zu bleiben, um im Notfall keine Nachteile zu haben.

Eine gewisse Furcht vor dem Austritt ergibt sich auch aus der fast umfassenden Präsenz des DBV vor Ort: Das bestehende Monopol des DBV führt z. B. bei den Wahlen zur Landwirtschaftskammer dazu, dass die Vertreter des Bauernverbands auch dort fast automatisch Führungspositionen innehaben, so dass sie auf Kreisebene in der Grundstücksverkehrskommission über Verkäufe und Verpachtungen mitentscheiden, in anderen Ämtern über die Vergabe von Investitionsförderung oder über die Wirtschaftsberatung. In Bayern hat es der Bauernverband sogar geschafft, den Status einer „Körperschaft öffentlichen Rechts“ zu bekommen. Auch über andere Organisationen wie den Verband der Landwirtschaftskammern, die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) und über den gemeinsamen Dachverband „Zentralausschuss der deutschen Landwirtschaft“ setzt der Bauernverband seine Interessen durch. Zwischen Agrarbehörden und DBV hat sich seit Jahrzehnten eine gegenseitige Partnerschaft und Hilfestellung herausgebildet.

Trotz aller dieser Strukturen tragen Agrarentwicklung und Agrarpolitik dazu bei, dass die Macht des Bauernverbands bröckelt. Es gelingt ihm immer weniger, die widerstreitenden Interessen unter einem Deckel zu halten: die unterschiedlichen Interessen von bäuerlichen und agrarindustriellen Betrieben, von spezialisierten Schweinehaltern und Ackerbauern, von Haupterwerbs- und Nebenerwerbsbauern, von Verpächtern und Pächtern, von LPG-Nachfolgebetrieben und Wiedereinrichtern. Nur mühsam konnte der DBV die Gründung eines ostdeutschen „Verbands der Großlandwirte“ ver-

hindern. Zahlreiche Schweinemäster haben sich bereits in der unabhängigen „ISN“ (Interessengemeinschaft der Schweinehalter Nordwestdeutschland) zusammengeschlossen. In den neuen Bundesländern gibt es mehrere unabhängige Organisationen, die vor allem die privaten Landwirte vertreten, z. B. den „Deutschen Bauernbund“ (siehe den Beitrag von Jochen Dettmer im Kritischen Agrarbericht 2001).

Interessenvertretung in der Agrarwende

Nach der BSE-Krise hatte es zunächst so ausgesehen, als ob auch die Bauernverbandsspitze aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hätte. Die Verfilzung mit den genossenschaftlichen Mischfutterherstellern war deutlich geworden, so dass nun die zuvor hartnäckig bekämpften Forderungen nach einem Verbot von Tiermehl, nach offener Deklaration der Futterbestandteile, nach einer Positivliste für Futterkomponenten und nach einem Verbot von Futterantibiotika aufgenommen werden mussten. Nachdem die Ökolandwirte zuerst verhöhnt und danach geduldet worden waren, wollte man nun den „sogenannten alternativen Ökolandbau“ (Niemeyer), der von DBV-Präsidiumsmitgliedern immer noch „als Weg zurück ins Mittelalter“ (Brandenburgs Präsident Nieschke) bezeichnet wird, mitvertreten. Aber mit zunehmendem Abstand vom „BSE-GAU“ weicht die demonstrativ zur Schau gestellte Bußfertigkeit einer immer aggressiveren und hämischen Haltung gegen die Agrarwende. Damit aber sind viele Mitglieder und auch zahlreiche Funktionsträger nicht mehr einverstanden.

Frau Künast will in ihrem „magischen Sechseck“ Vertreter folgender Gruppen an der Umsetzung der Agrarwende beteiligen: Verbraucher, Politik, Lebensmittelhandel, Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Futtermittelhersteller. Wie dargelegt wurde, gibt es zwischen den letzteren drei Gruppen massive Verflechtungen und Übereinstimmungen in der Ablehnung der Agrarwende. Deshalb tut Frau Künast gut daran, auf die Beteiligung weiterer Organisationen aus Landwirtschaft und Ernährungshandwerk zu achten. Sonst schrumpft das „Sechseck“ zu einem Viereck mit Schlagseite.

Hinweis

Dieser Beitrag ist die leicht bearbeitete Version von zwei Artikeln, die im Juli bzw. Oktober 2000 in der *Unabhängigen Bauernstimme* erschienen sind.